

Antrag der Fraktion der CDU**Höchste Zeit für zukunftsichernde Pflege – Pflegeplan für das Land Bremen endlich vorlegen!**

In den nächsten Jahren wird das deutsche Gesundheitssystem aufgrund gesellschaftlicher, demografischer und medizinisch-pflegerischer Entwicklungen mit einem zunehmenden Pflegebedarf in quantitativer und qualitativer Hinsicht konfrontiert werden. Mit der Zahl der pflegebedürftigen Menschen in unterschiedlichsten Bedarfskonstellationen – u. a. der Zunahme von Menschen mit Demenz – wird auch die Zahl der Menschen in Pflegeberufen und ihre Qualifikationen stark zunehmen müssen. Gleichzeitig werden durch den gesellschaftlichen Wandel neue Formen der Pflege notwendig und außerfamiliäre Unterstützung im Vorfeld der Pflege zunehmend wichtiger.

Auch das Land Bremen und die beiden Stadtgemeinden müssen sich frühzeitig auf demografische Entwicklungen und die Konsequenzen, die sich daraus im Bereich Pflege ergeben, vorbereiten. Gemeinsam mit den Pflegekassen müssen sie ihrer zentralen Planungs- und Koordinierungsfunktion gerecht werden. Ziel muss sein, eine Strategie der Pflegevermeidung mit einer koordinierten Bedarfs- und Angebotsplanung der Altenhilfe und Altenpflege zu entwickeln.

Da der Senat letztmalig im Altenplan 2007 Leitlinien für diesen Bereich formuliert hat, hat die CDU-Bürgerschaftsfraktion den Senat bereits mit dem Antrag „Pflegeplan für das Land Bremen entwickeln!“ (Drs. 18/662) im Dezember 2012 dazu aufgefordert, auf Grundlage einer umfassenden Pflegeberichterstattung einen Pflegeplan zu entwickeln. Dieser Pflegeplan sollte als Grundlage für die Entwicklung einer bedarfsgerechten Pflegestruktur dienen, eine Bestandsaufnahme der ambulanten und stationären Versorgungsangebote vornehmen und eine sachgerechte öffentliche Debatte anstoßen.

Darüber hinaus legte die CDU-Bürgerschaftsfraktion im August 2013 den Antrag „Pflege braucht ein Gesicht – Pflegebeauftragten einsetzen“ vor, der auch die Einrichtung einer jährlich tagenden bremischen Pflegekonferenz als Impulsgeber für politische, gesellschaftliche und medizinische Reformen und Entwicklungen im Pflegebereich vorsah. Die Pflegekonferenz sollte zusätzlich jährlich einen Bericht zum Thema Pflege vorlegen.

Da bis heute keine übergreifenden Vorschläge und Planungen des Senats zu diesem Thema vorliegen, ist eine Pflegeberichterstattung als Resultat einer breit angelegten Diskussion nach wie vor dringend notwendig. Er muss zudem durch eigene Vorstellungen des Senats in diesem Bereich ergänzt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. in Abstimmung mit dem Bremerhavener Magistrat bis zum 1. Oktober 2014 unter Einbeziehung praxiserfahrender Akteure aus dem Pflegebereich, den Kostenträgern und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände eine Pflegekonferenz einzuberufen.

2. als Resultat der Pflegekonferenz bis zum 1. Dezember 2014 einen zwischen den Ressorts Gesundheit und Soziales abgestimmten Pflegebericht und Planungen für die zukünftige Ausgestaltung des Bereichs Pflege vorzulegen, welche – ausgehend von den Anforderungen des demografischen Wandels – mindestens folgende Aspekte berücksichtigen:
- Aufbau, Weiterentwicklung und Vernetzung von lokalen Beratungs- und Hilfestrukturen für ältere Menschen und deren Angehörige durch die Dienstleistungszentren und die Angebote der Wohlfahrtsverbände.
 - Entwicklung einer sektorübergreifenden präventiven kommunalen Infrastruktur, die die bestehenden Probleme beim Übergang von Behandlung zu Pflege in beiden Städten beseitigt.
 - Vorhaltung eines regional abgestimmten Netzes mobiler, ambulanter und stationärer Rehabilitationsangebote in Bremen und Bremerhaven.
 - Ausbau und Weiterentwicklung eines flächendeckenden Systems zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements von und für ältere Menschen unter Einbeziehung der bestehenden Begegnungsstätten in den Stadtgemeinden.
 - Stärkere Förderung neuer Wohnformen für ältere Menschen in Bremen und Bremerhaven und Unterstützung des selbstständigen Wohnens zu Hause bis ins hohe Alter.
 - Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kurzzeitpflege sowie Durchlässigkeit und Flexibilität der Kurzzeitpflege und der Tages- und Nachtpflege, im Sinne der eigenständigeren Lebensgestaltung der Pflegebedürftigen.
 - Weiterentwicklung und Qualifizierung der bestehenden stationären Einrichtungen zu qualitativ hochwertigen und spezialisierten Kompetenzzentren insbesondere für Schwerstpflegebedürftige, Menschen mit Demenz, sowie ältere Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen.
 - Berücksichtigung der speziellen Bedürfnisse von älteren bzw. pflegebedürftigen Migranten und Stärkung des Informationsangebotes für diese Zielgruppe.
 - Verbesserung der Angebote zur Unterstützung und Ausarbeitung neuer Modelle zur Förderung pflegender Angehöriger.
 - Abbau von unnötigen Mehrfachzuständigkeiten und bürokratischen Hindernissen, die Pflegenden ihre Arbeit erschweren und das Berufsbild unpopulär machen.
 - Bedarfsgerechter Ausbau und Sicherstellung der Finanzierung der Ausbildungs- und Umschulungsplätze im Pflegebereich.
 - Prävention von Gewalt im ambulanten und stationären Pflegebereich durch Vernetzung der Kommunikation, Stärkung der Heimaufsicht und gezielte Weiterbildungsangebote für die Pflegenden.
 - Durchführung einer Image- und Werbekampagne für die Pflegeberufe.

Rainer Bensch, Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU